

Stadt Troisdorf
Der Bürgermeister
Az: II/Co-Dez II/66-VP/Me

Datum: 15.03.2022

Vorlage, DS-Nr. 2022/0265

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Ausschuss für Mobilität und Bauwesen	28.04.2022			

Betreff: "Chauffeur"dienste von Eltern zu und von KiTas/Schulen
Antrag der SPD-Fraktion vom 07. März 2022

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Mobilität und Bauwesen nimmt die in der Sachdarstellung dargestellten Vorgehensweise zur Verbesserung der Situation an Schulen und KiTas zur Kenntnis.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Auswirkungen auf das Klima:

Klimarelevanz: nein

Sachdarstellung:

Mit Antrag vom 07.03.2022 beantragt die SPD-Fraktion die Verwaltung im Vorgriff auf das im Ausschuss für Mobilität und Bauwesen beschlossene Konzept zur Schulwegsicherung unter Einbeziehung der Schulleitungen unverzüglich konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um das Verkehrschaos zu vermeiden, welches in zunehmendem Maße entsteht, wenn Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur KiTa/Schule bringen oder/und von dort abholen.

Die dargestellten Verkehrssituationen an Schulen und Kitas im Stadtgebiet ist der Ordnungsbehörde bekannt und wird bereits priorisiert vom städt. Überwachungsdienst im Rahmen der Schulwegsicherung kontrolliert. Auch hat die Ordnungsbehörde die Kontrollhäufigkeit von 1x wöchentlich auf zwischenzeitlich 4x wöchentlich erhöht.

Die Kolleg*innen der Verkehrsüberwachung führen auch sehr viele Elterngespräche

und fordern diese auf ihr Verkehrsverhalten zu ändern. Außerdem werden die Eltern auf die bereits jetzt bestehenden Stellen zum Anhalten und Absetzen ihrer Kinder hingewiesen.

Das Schulverwaltungsamt, die Schulen selbst, die Verkehrsabteilung (66) und die Verkehrsüberwachung der Ordnungsbehörde arbeiten hier engmaschig zusammen, aber leider hat alle Mühe nur bedingt Einfluss auf das Verhalten mancher Eltern.

Der Überwachungsdienst kann nur im Rahmen der personellen Möglichkeiten eingesetzt werden. Eine lückenlose Kontrolle ist leider nicht möglich, da die Kolleg*innen zahlreiche Kitas/Schulen im Stadtgebiet hinsichtlich der Gefährdungslagen kontrollieren müssen. Daher kann auch der Kontrolldruck (über 4x wöchentlich hinaus) mit den aktuell vorhandenen Personalressourcen der Ordnungsbehörde nicht erhöht werden.

Das Mobilitätsmanagement (66-VP) kann aus der aktuellen personellen Struktur heraus keine kurzfristigen Maßnahmen und Empfehlungen angehen bzw. aussprechen. Die im Ausschuss für Mobilität und Bauwesen beschlossene Beantragung des Förderprojekts reizt die Personalkapazitäten bereits voll aus.

Es sind hier auch keine verkehrsrechtlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation möglich. Sofern gegen bereits bestehende Halt- und Parkregelungen verstoßen wird, bzw. diese auch trotz Weisung der Ordnungskräfte und der Polizei ignoriert werden, kann dies nicht zur Folge haben, weitere Beschilderungen oder Markierungen zu installieren. Insofern sind hier leider auch bei solchen Verstößen repressive Maßnahmen erforderlich.

Die Verwaltung ist weiterhin mit der Kreispolizeibehörde im Gespräch um über mögliche Verbesserungsmaßnahmen zu diskutieren. Ein Ergebnis zu möglichen konkreten Maßnahmen liegt noch nicht vor.

Im Auftrag

Thomas Schirmmacher
Co-Dezernent